

Datum

3. Dezember 2020



Katholiken fordern Unterstützung der Bergkarabach-Armenier

„Vertreibung stoppen – Menschliches Elend lindern – Kulturelles Erbe bewahren!“
Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Osteuropa-Solidaritätsaktion Renovabis
appellieren mit Gemeinsamer Erklärung

BONN / FREISING. Mit großer Sorge sehen das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und die katholische Solidaritätsaktion Renovabis die bedrohte Lage der armenischen Christen in Berg-karabach. Die in der Südkaukasus-Region seit Jahrhunderten lebenden christlichen Armenierinnen und Armenier seien existenziell bedroht; ihre Zahl dort beziffere sich heute auf 150.000 Menschen. „Unsere Geschwister im Glauben fürchten um ihr Leben“, macht der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Marc Frings deutlich. Angesichts dieser dramatischen Vertreibungsnot richten ZdK und Osteuropa-Hilfswerk Renovabis einen Appell mit der Überschrift „Vertreibung stoppen – Menschliches Elend lindern – Kulturelles Erbe bewahren!“ an die christlichen Kirchen in Deutschland, die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union und fordern, unverzüglich zu handeln. ZdK-Generalsekretär Frings und der Hauptgeschäftsführer der Solidaritätsaktion Renovabis, Pfarrer Christian Hartl, rufen Christinnen und Christen aller Konfessionen dazu auf, Kontakte mit muttersprachlichen armenischen Gemeinden in Deutschland zu suchen und „den Glaubensgeschwistern in ihrer Furcht und Bedrängnis solidarisch zur Seite zu stehen“.

„Wir fordern eine breite humanitäre Unterstützung der nach Armenien geflüchteten Menschen, die jetzt zu Winterbeginn im Kaukasus ihre Häuser und Wohnungen verloren haben“, sagt Renovabis-Hauptgeschäftsführer Christian Hartl. In der Gemeinsamen Erklärung von ZdK und Renovabis heißt es, Bergkarabach mit seiner armenischen Bevölkerung müsse — ohne die bis zum jetzigen Waffenstillstand von Armenien besetzten Regionen — unter den Schutz eines UN-Mandats gestellt werden. Nur so könnten neue Kriegshandlungen in der Region auf Dauer verhindert und ein künftiges friedliches Miteinander gestärkt werden. ZdK und Renovabis fordern die Bundesregierung auf, Waffenlieferungen an potentielle Akteure weiterer Auseinandersetzungen in Bergkarabach zu verbieten und als Mittel politischer Einflussnahme auch Wirtschaftssanktionen — gegen Aggressoren — nicht auszuschließen. Von der Bundesregierung erwarten die katholischen Organisationen zudem, dass die in den kriegerischen Auseinandersetzungen um Bergkarabach begangenen Verbrechen explizit durch den deutschen Staat verurteilt werden. Der Beschuss von Kirchen und der Einsatz von Streubomben verletzen das Völkerrecht und seien Kriegsverbrechen dar, die eindeutig benannt und geahndet werden müssten.

ZdK und Osteuropahilfswerk Renovabis widersprechen der Instrumentalisierung von Religion für politische und kriegerische Zwecke, wie sie auch im Konflikt um Bergkarabach deutlich wird. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Pressemitteilung

Katholiken Frings unterstrich: „Wir erwarten den Einsatz der Bundesregierung sowie aller gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere der Kirchen, zum Schutz der religiösen Minderheit der Armenier und von ihrem Kulturgut in den von Aserbaidschan eroberten Gebieten. Die Vertreibung der armenischen Bevölkerung und die Zerstörung von armenischem Kulturgut in der aserbaidischen Autonomen Republik Nachitschewan dürfen sich in Bergkarabach nicht wiederholen. Die Auslöschung des armenischen kulturellen Erbes in der Region ist mit allen Mitteln zu verhindern!“

Die Gemeinsame Erklärung hängt im Wortlaut an und ist veröffentlicht unter <https://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklaerungen/detail/Vertreibung-stoppen-Menschliches-Elend-lindern-Kulturelles-Erbe-bewahren-Katholiken-rufen-zur-Unterstuetzung-der-Bergkarabach-Armenier-auf-266j/>